



Liebe Leser:innen,

die **Kommunalen Spitzenverbände** schlagen mit dem **Aufruf** zum bundesweiten **Aktionstag zur Lage der Kommunalfinanzen** Alarm. Am 22. Juni 2026 geht es für die Finanzen unserer Städte und Gemeinden deutschlandweit auf die Straße! Auf dem Kommunalkongress der Bundestagsfraktion Mitte April haben wir bereits diskutiert, dass man mal demonstrieren müsste, jetzt ist es so weit. Alle Details dazu findest Du auch nochmal unten.

Denn unsere **Städte und Gemeinden** brauchen dringend **Hilfe**. Ihnen steht das Wasser bis zum Hals: steigende Sozialausgaben, ein massiver Investitionsstau und weniger Steuereinnahmen führen zur dramatischsten Lage der **Kommunalfinanzen** in der Geschichte der Bundesrepublik. Dabei zeigt sich gerade im Alltag, wie entscheidend handlungsfähige Kommunen sind: In Zeiten hoher Spritpreise muss der Bus zuverlässig fahren. Und während die erste Hitzewelle über das Land zieht, braucht es geöffnete Schwimmbäder, schattige Plätze und Investitionen in die Klimaanpassung vor Ort.

Im krassen Gegensatz zur Lage in unseren kommunalen Kassen zeigt der aktuelle **Global Wealth Report**, dass die Zahl der **Superreichen in Deutschland** erneut deutlich gestiegen ist. Während viele Kommunen nicht mehr wissen, wie sie ihre Aufgaben finanzieren sollen und sich mehr und mehr verschulden, wachsen die privaten Multimillionenvermögen einiger weniger immer weiter an. Im letzten Jahr um mehr als 20%, nahezu un versteuert. Das kann nicht sein! Denn wir sprechen hier nicht nur über eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern auch über demokratische Stabilität. Eine Gesellschaft, in der **öffentlicher Mangel auf privaten Überreichtum trifft**, verliert Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Mehr dazu findest Du auch unten.

Veränderung ist möglich. Politische Entscheidungen können verändert werden. Das zeigt sich auch gerade bei der überfälligen Kurskorrektur der Bundesregierung bei den **Integrationskursen**. Nachdem die Kursstopp-Ankündigung im Winter vielerorts bereits Angebote und Arbeitsplätze in Frage stellte und Kursträger verunsicherte, rudert die Koalition nun teilweise zurück und will den Zugang zu kostenfreien Integrationskursen wieder erweitern. Dass bestimmte Gruppen künftig bevorzugt Zugang erhalten sollen, während andere

ausgeschlossen oder auf Ermessensentscheidungen verwiesen werden, droht die Integration unnötig zu verzögern. Gute Integration braucht verlässliche Förderung statt kurzfristiger Sparpolitik und neue Hürden.

Viele Grüße

Karo

Bild: NSGB/NLT



Reform statt Rotstift: Positionspapier der BGKomm zu den geplanten Sozialkürzungen

Der BGKomm Arbeitskreis "Soziales" positioniert sich hier gegen die geplanten Sozialkürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, sowie bei der Eingliederungshilfe.

Das Positionspapier fordert statt Leistungskürzungen echte Strukturreformen, wie den Abbau von Bürokratie bei der Eingliederungshilfe und eine verlässliche Finanzierung für den Kita- und Ganztagsausbau.

Zum Positionspapier



Auf die Straße für starke Städte und Gemeinden!

Die kommunalen Spitzenverbände rufen für Montag, den **22. Juni 2026**, zu einem bundesweiten **Aktionstag Kommunal финанzen** auf. Angesichts einer historisch einmaligen Haushaltskrise soll dezentral in ganz Deutschland auf die notwendige Entlastung durch Bund und Länder aufmerksam gemacht werden. Der Termin im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. Juni ist bewusst gewählt, um den politischen Druck zu erhöhen. Wie dringlich die Lage ist, zeigten bereits die **Proteste in Niedersachsen**: Dort übergaben Kommunalvertreter*innen eine Resolution an Ministerpräsident Olaf Lies, um vor dem finanziellen Kollaps der Städte und Gemeinden zu warnen.

[Aufruf des DStGB](#)

[Bericht vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund](#)

[Bericht vom Niedersächsischen Landkreistag](#)



Superreiche in Deutschland: Zeit für faire Beiträge!

Nicht überraschend, aber trotzdem schockierend – so empfinde ich die Ergebnisse des neuen Global Wealth Reports. Im **Deutschlandfunk** konnte ich einen Kommentar dazu abgeben. Es ist absurd, wie sich bei einer kleinen Elite Millionen anhäufen, während sich unser Land verschulden muss.

Ein **Skandal** ist auch, in welchem Missverhältnis der Beitrag dieser Menschen zu unserem Staat im Vergleich zur breiten Mehrheit unserer Bevölkerung steht. Das können wir aber politisch verändern! Dafür setze ich mich im Bundestag ein, möchte an dieser Stelle aber auch nochmal den Hinweis auf die Petitionskampagne **“VERGNÜGT”** teilen: Dort werden Unterschriften gesammelt, um Erträge aus der gerechten Besteuerung von Vermögen und Erbschaften direkt den Kommunen zugutekommen zu lassen.

[Mein Kommentar im Deutschlandfunk](#)

[Zur "VERGNÜGT"-Petition](#)

[Zum Bericht von zdfheute](#)



Fotos und Ergebnisse des Kommunalkongresses

Auch wenn der Kommunalkongress im April in Berlin jetzt schon einige Wochen hinter uns liegt, so ganz können wir diesen tollen Tag noch nicht loslassen. Deshalb gibt es hier nochmal den Hinweis auf die **Veranstaltungswebsite** der Bundestagsfraktion, wo der Nachbericht zum Nachlesen sowie die **Fotos** des Tages erschienen sind. Und auch die Dokumentationen und **Ergebnisse der 14 Workshops** findet ihr über den Link zur Cloud für die weitere Verwendung.

[Bericht und Fotos auf der Website](#)

[Cloud mit Workshop-Ergebnissen](#)

Infos, Veranstaltungen und Seminare

Musterantragssammlung zu Klimaanpassung & Bevölkerungsschutz

Um die Arbeit in den Kommunen zu erleichtern, hat Leon Eckert MdB eine Sammlung von Musteranträgen zu den Themen Klimaanpassung und Bevölkerungsschutz veröffentlicht. Die Sammlung kann als **Hilfestellung** für die tägliche kommunalpolitische Arbeit genutzt werden. Die Vorlagen bieten konkrete Impulse für die lokale Politik – von der Entwicklung kommunaler Klimaanpassungsstrategien und dem Starkregenmanagement bis hin zur Modernisierung von Warnsystemen wie Sirenen oder digitalen Anzeigetafeln. Ziel ist es, die Gesundheit und Vermögenswerte von Bürger*innen vor zunehmenden **Extremwetterereignissen** zu schützen und die Resilienz durch bessere **Krisenvorsorge** und Selbsthilfefähigkeit zu stärken.

[Zum Musterantrag](#)

Gemeindecheck: Wie gut ist die Daseinsvorsorge bei mir vor Ort?

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat mit einem umfassenden Gemeindecheck die Daseinsvorsorge in allen **10.817 deutschen Kommunen analysiert**. Die Studie untersucht, wie gut die Versorgung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Mobilität, Digitales und Freizeit aufgestellt ist. Während Spitzenreiter wie das bayerische Haar oder Memmingen durch exzellente Infrastruktur überzeugen, zeigt das Ranking auch deutliche **regionale Unterschiede**: Nordrhein-Westfalen führt im Ländervergleich, während viele Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg Aufholbedarf haben. Ostdeutsche Städte schneiden im Vergleich zu westdeutschen Städten jedoch überdurchschnittlich oft in der Kategorie „sehr gut versorgt“ ab. Eine begleitende Umfrage unterstreicht zudem, dass die tatsächliche **Versorgungsqualität** vor Ort maßgeblich die **Zufriedenheit mit der Demokratie** beeinflusst. Interessierte können die Ergebnisse ihrer eigenen Gemeinde online über eine interaktive Karte und Tabelle direkt einsehen und vergleichen.

[Zum IW-Gemeindecheck](#)

Impact Kommunen Konferenz 2026 in Berlin

Wie können Kommunen wirksamer, moderner und handlungsfähiger werden? Genau darüber diskutieren Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und

Zivilgesellschaft am **30. Juni 2026** bei der Impact Kommunen Konferenz in Berlin. Im Mittelpunkt stehen die Herausforderungen großer Gestaltungsaufgaben in Zeiten angespannter Haushaltslagen. Die Konferenz ist Teil des Impact Kommunen-Projekts von PHINEO Public mit Re:Form, Project-Together und der Bertelsmann Stiftung. Die Teilnahme ist kostenlos.

[Mehr Infos und Anmeldung](#)

Digitales Fachgespräch: Was bringt die Urabstimmung der bündnisgrünen kommunalen Ebene?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat so viele Mitglieder wie noch nie. Gleichzeitig sind die Strukturen und Regelungen teils viele Jahre alt. Auf Grundlage der Arbeit einer Satzungskommission haben Parteirat und Bundesvorstand nun einen Vorschlag mit Änderungen für die Satzung vorgelegt, über die von allen Mitgliedern in einer Urabstimmung entschieden werden kann.

Im vorgelegten Vorschlag wird deutlich, dass die kommunale Perspektive zukünftig strukturell stärker auf der Bundesebene verankert werden soll. Die BGKomm spricht mit Martin Heilig und Heiko Knopf über die Änderungen, den Fahrplan der Abstimmung sowie eure Fragen und Sichtweisen.

[Mehr Infos und Anmeldung](#)

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)